



BESCHLUSS
der Fortsetzung der 62. öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am
12.05.2014

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
Vorlage: 14/SVV/0362

Sie begrüßt ausdrücklich, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund wie auch der Städte- und Gemeindebund Brandenburg öffentlich Bedenken äußerten hinsichtlich der Auswirkungen auf die Länder bzw. ausdrücklich auch auf die Kommunen.

Weiterhin fordert sie den Oberbürgermeister auf, die klare und nachhaltige Positionierung des Städte- und Gemeindebundes gegen das geplante Abkommen weiterhin zu unterstützen und damit sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU-Kommission Einspruch zu erheben gegen die Fortsetzung der intransparenten, undemokratischen Verhandlungen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden 2 Seiten beigelegt.

Potsdam, den 20. Mai 2014

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel